



Umverteilung – So denken die Vielen

**Steuer-, arbeitsmarkt- & sozialpolitische
Vorhaben aus Sicht der Bevölkerung**

Martina Zandonella / Daniel Schönherr

Wien, März 2023

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Datengrundlage und Methode	6
	2.1 Repräsentative Befragung	6
	2.2 Erfassung sozialer Ungleichheit.....	7
3	Einschätzung der Einkommens- und Vermögensverteilung	9
4	Haltung zu umverteilenden Maßnahmen	12
	4.1 Politikfeld Steuern.....	12
	4.2 Politikfeld Arbeit.....	16
	4.3 Politikfeld Soziales.....	20
5	Fazit	24
	Anhang.....	26
	Literatur.....	33
	Abbildungsverzeichnis.....	36
	Tabellenverzeichnis	37

1 Einleitung

Ökonomische Ungleichheit ist auch in Österreich auf dem Vormarsch: Seit den 1980er Jahren sind Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse angestiegen, Kapitalerträge verzeichnen höhere Zuwächse als unselbständige Einkommen und hohe Einkommen sind stärker gestiegen als niedrige. Die Löhne der Beschäftigten in ohnehin bereits unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit sind nach der Finanzkrise von 2008 sogar gesunken. Parallel zu diesen Entwicklungen wurde der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen erschwert und deren Höhe reduziert (Arbeitsmarktservice 2022, Sozialministerium 2022, Eppel et al. 2017, Altzinger et al. 2020).

Aktuell verdienen die obersten 20 Prozent der Einkommensbezieher:innen rund viermal so viel wie die untersten 20 Prozent. Die Einkommensungleichheit fällt damit bei uns etwas geringer aus als im EU-Schnitt, der für die obersten 20 Prozent das fünffache der untersten 20 Prozent ausweist (Eurostat 2021). Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in Österreich die höchsten Einkommen immer weiter vom Rest entkoppeln: Im Jahr 2003 erhielten ATX-Vorstände das 24fache des Medianlohns¹, 2018 war es bereits das 64fache. Innerhalb dieses Zeitraums ist die ATX-Vorstandsvergütung um 266 Prozent angestiegen, der Medianlohn im Vergleich dazu nur um 34 Prozent (Wieser 2019). Noch einmal ungleicher verteilt als Einkommen ist in Österreich Vermögen: Das reichste ein Prozent der Menschen besitzt rund 40 Prozent des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte lediglich 3 Prozent (Ferschli et al. 2018).

Inzwischen deutet vieles darauf hin, dass sich diese bestehenden Ungleichheiten in den letzten drei Jahren weiter verstärkt haben: Bereits im Herbst 2021 haben 36 Prozent der Menschen in Österreich von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage infolge der Pandemie berichtet – 12 Prozent im oberen, 31 Prozent im mittleren und 64 Prozent im unteren Einkommensdrittel (Zandonella 2021). Im Gegensatz dazu ist das Vermögen der zehn reichsten Österreicher:innen von 2020 auf 2021 noch einmal angestiegen². Zusätzliches Öl ins Feuer gießt die Inflation, wobei die Preissteigerungen wiederum die Menschen im unteren Einkommensdrittel am härtesten treffen: Im Herbst 2022 musste sich jede:r Zweite von ihnen aufgrund der Teuerung stark einschränken. Dasselbe galt für jede:n Fünften im mittleren und für jede:n Zehnten im oberen Einkommensdrittel (Zandonella 2022).

¹ Der Medianlohn unselbständig Beschäftigter betrug 2003 15.863 Euro und 2018 21.402 Euro (Jahresnettoeinkommen) (Statistik Austria 2022b). 50% der Beschäftigten verdienen weniger, 50% verdienen mehr als den Medianlohn.

² [DIE REICHSTEN ÖSTERREICHER 2021 - Forbes](#)

Österreich ist kein Einzelfall: In den meisten demokratischen Staaten hat die ökonomische Ungleichheit in den vergangenen dreißig Jahren zugenommen. Ebenfalls staatenübergreifend gilt, dass von politischer Seite bis heute kaum wirksame Gegenmaßnahmen gesetzt wurden (OECD 2021). Hebel gäbe es an unterschiedlichen Stellen: Marktregulierungen hemmen ökonomische Ungleichheit an einer ihrer Wurzeln, Steuern und Transferleistungen verteilen entstandene Ungleichheiten um, der Abbau von Zugangsbarrieren – allen voran im Bildungssystem – gleicht wiederum unterschiedliche Startbedingungen aus. Dahingehende politische Entscheidungen haben ökonomische Ungleichheit tatsächlich verringert. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre galt: Je älter eine Demokratie, desto gleicher ihre Einkommensverteilung. Und je gleicher ihre Einkommensverteilung, desto stabiler war diese Demokratie (Muller 1988). Im globalisierten Finanzkapitalismus – politisch weit weniger gezähmt und stärker der demokratischen Mitbestimmung entzogen als der ihm vorangegangene Industriekapitalismus – trifft dies nun nicht mehr zu.

Mit Blick auf Umverteilung sticht in Österreich hervor, dass diese vor allem durch sozialstaatliche Ausgaben und weniger über steuerliche Einnahmen erfolgt (Rocha-Akis et al. 2019). So liegt der Anteil an armutsgefährdeten Menschen vor Auszahlung der Sozialleistungen bei 26 Prozent, danach bei 15 Prozent (Statistik Austria 2022).³ Auch beim Abbau von Zugangsbarrieren im Bildungssystem hinken wir hinterher: Nach wie vor besuchen 76 Prozent der Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen, jedoch nur 27 Prozent der Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten eine AHS (Statistik Austria 2018).

Forschungserkenntnisse verweisen auf einige Ursachen dafür, warum die Politik der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit nicht stärker entgegentritt. So setzen sich bei politischen Entscheidungen Wirtschaftsinteressen häufiger durch als die Anliegen vieler Bürger:innen (Elsässer et al. 2017). Dies ist auch das Ergebnis kontinuierlicher Lobbyarbeit, in deren Rahmen z.B. das Thema Kapitalsteuern im Kontext von Wettbewerbsnachteilen und Arbeitsplatzverlusten positioniert wird. Geformt wird dabei nicht nur die Meinung von Politiker:innen, sondern auch jene der Öffentlichkeit (Fastenrath et al 2021, Emmenegger & Marx 2018). Hinzu kommt, dass gerade Parteien links der Mitte häufig davon überzeugt sind, dass das Thema Steuern zu komplex und negativ konnotiert sei, um damit Stimmen gewinnen zu können (Fastenrath & Marx 2023, Elsässer et al. 2022). Politiker:innen dieser Parteien verweisen wiederum darauf, dass es auch parteiintern an entsprechender Expertise fehlt.

³ Die Mindestsicherung liegt dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle: 2023 beträgt sie für einen 1-Personen-Haushalt 1.054 Euro ([Sozialhilfe und Mindestsicherung in Österreich: Leistungen \(sozialministerium.at\)](https://www.sozialministerium.at/sozialministerium.at/sozialministerium.at)), die Armutsgefährdungsschwelle lag bereits 2021 bei 1.371 Euro (Statistik Austria 2022).

Ebenfalls ins Treffen geführt wird, dass die Bürger:innen gar keine stärker umverteilende Politik wollen (Fastenrath et al 2021).

An diesem letzten Punkt setzt die vorliegende Studie an: Was denken die Menschen in Österreich über ökonomische Ungleichheit und Umverteilung? Um diese Frage zu beantworten, wird in einem ersten Schritt untersucht, wie die Menschen in Österreich zur Verteilung von Einkommen und Vermögen stehen. Im zweiten Schritt geht es um ihre Haltung zu Umverteilung bzw. zu einer Reihe von umverteilenden politischen Maßnahmen, die derzeit Teil des politischen Diskurses sind.

2 Datengrundlage und Methode

2.1 Repräsentative Befragung

Datengrundlage der vorliegenden Studie ist eine repräsentative Befragung von 2.000 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Interviews fanden zwischen dem 26. Juli und dem 25. September 2022 statt, zwei Drittel wurden telefonisch (CATI⁴), ein Drittel online (CAWI⁵) durchgeführt. Die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug 16 Minuten.

Der für die durchgeführte Befragung entwickelte standardisierte Fragebogen (Moosbrugger & Kelava 2020, Porst 2013) umfasst drei zentrale Punkte:

- die Haltung der Menschen zur Einkommens- und Vermögensverteilung
- ihre Bewertung ausgewählter politischer Vorhaben in den Politikfeldern Steuern, Arbeit und Soziales
- soziodemografische Merkmale, um (ökonomische) Ungleichheit auch innerhalb der Befragten abbilden zu können

Die Ziehung der CATI-Stichprobe erfolgte per Zufall aus dem öffentlichen Telefonbuch und mittels RLD-Verfahren⁶ generierter Telefonnummern. Die Ziehung der CAWI-Stichprobe erfolgte aus dem Access-Panel. Dessen Teilnehmer:innen wurden telefonisch rekrutiert, um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten (Baur & Florian 2009).

Nach Abschluss der Erhebung wurde der Rohdatensatz einer Qualitätskontrolle unterzogen: Mittels Konsistenz- und Plausibilitätstests wurde überprüft, ob die Antworten der Befragten in sich stimmig sind und ob Antwortmuster auftreten, die eine ernsthafte Fragebeantwortung ausschließen. Die Analyse der fehlenden Werte identifizierte wiederum Fragen mit einem hohen Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ (Item-Nonresponse) sowie Befragte mit auffallend vielen nicht beantworteten Fragen (Unit-Nonresponse). Aufgrund inkonsistenter Antwortmuster wurden drei ID-Nummern ausgeschlossen. Ein erhöhter Item-Nonresponse trat erwartungsgemäß bei jenen Fragen auf, die eine Bewertung komplexer politischer Sachverhalte erforderten.

Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen (Schräpler 2000) wurde innerhalb des eng gesteckten Rahmens guter wissenschaftlicher Praxis (Ganzeboom 2020, Bortz & Döring 2006) mittels Gewichtung ausgeglichen. Dabei werden relevante Merkmale der Stichprobe

⁴ Computer Assisted Telephone Interview

⁵ Computer Assisted Web Interview

⁶ Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

(Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Stadt/Land) an die Verteilung der Grundgesamtheit angepasst.

Hinweis zur Interpretation von Gruppenunterschieden:

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Gruppen sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Diese umfassen jenen Bereich um den Stichprobenwert, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit liegt (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95%). Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=2.000$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,2\%$ herangezogen werden. Sämtliche der in diesem Bericht dargestellten Unterschiede zwischen Gruppen sind auf statistische Signifikanz geprüft.

2.2 Erfassung sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit kann auf zwei Dimensionen abgebildet werden: *Vertikale Ungleichheit* bezieht sich auf die ungleiche Verteilung von ökonomischem und kulturellem Kapital, die unsere Gesellschaft in ein „unten“ und „oben“ teilt. Hierzu zählen allen voran Einkommen, Vermögen und die formale Bildung. *Horizontale Ungleichheit* umfasst wiederum unterschiedliche Lebenslagen, die auch bei gleicher Position im vertikalen Gefüge Ungleichheit bedingen – z.B. entlang von Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, sexueller Orientierung oder Stadt/Land (Burzan 2011). Im Rahmen der vorliegenden Studie wird *vertikale Ungleichheit* über Klasse und formale Bildung, *horizontale Ungleichheit* über Geschlecht, Alter und Stadt/Land erfasst.

Der Klassenbegriff hat dabei mit der Diversifizierung der Gesellschaft an Komplexität gewonnen. Ausgehend von Andreas Reckwitz' Definition sind Klassen soziale Gruppen, die eine gemeinsame soziale Position in Form der Ausstattung mit gesellschaftlich relevanten Ressourcen, eine bestimmte Form der Arbeit und ein kulturelles Muster der Lebensführung teilen (Reckwitz 2017, S. 274). Klassen gehen jedoch weit über strukturelle Positionsmerkmale hinaus: Sie stehen in sozialen Beziehungen zueinander, die von ungleichen Machtverhältnissen und Dominanz geprägt sind (Meiksins Wood 1995).

Die vorliegende Studie greift für die Einteilung der Klassen auf Thomas Piketty (u.a. 2022) zurück, der in seinen umfassenden Analysen zur ökonomischen Ungleichheit drei Klassen differenziert:

- die *unteren Klassen* umfassen die unteren 50% der Einkommen,
- die *Mittelklassen* die folgenden 40%,
- die *oberen Klassen* die obersten 10%.

Zur Bildung dieser Klassen haben wir das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen herangezogen, da es den direkten Vergleich von Haushalten unterschiedlicher Größe ermöglicht⁷. Das unterschiedliche Ausmaß an verfügbarem Kapital in den Klassen ist offensichtlich: Während die Menschen in den unteren Klassen mit einem monatlichen Einkommen⁸ von weniger als 1.950 Euro auskommen müssen, haben die oberen Klassen zumindest 3.370 Euro zur Verfügung. Auch das kulturelle Kapital ist sehr ungleich verteilt, denn in den unteren Klassen haben 7% einen Hochschulabschluss, in den oberen Klassen sind es 45%. Erwerbstätig sind die unteren Klassen mehrheitlich als ungelernete oder gelernte Arbeiter:innen bzw. Dienstleister:innen. Demgegenüber arbeiten drei Viertel der oberen Klassen im Management oder als soziokulturelle bzw. technische Expert:innen.

Ein abschließender Vergleich der über das Einkommen gebildeten Klassen mit der subjektiven Einschätzung der Menschen verweist auf die bekannte Tendenz zur Mitte (zuletzt u.a. Bellani et al. 2021): Rund 70% der Menschen in den Mittelklassen verorten sich selbst in der Mitte der Gesellschaft. Dasselbe gilt jedoch auch für zwei Drittel der Menschen in den oberen Klassen und für die Hälfte der Menschen in den unteren Klassen. Die Bessergestellten tendieren also dazu, ihre relative Position zu unterschätzen, während die Schlechtergestellten die ihre überschätzen.

⁷ Das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen ist das Nettohaushaltseinkommen geteilt durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder, umgerechnet in Erwachsenenäquivalente. ([Haushaltseinkommen - STATISTIK AUSTRIA - Die Informationsmanager](#)). Zu berücksichtigen ist, dass Menschen mit geringem Einkommen bei Befragungen dazu neigen ein höheres Einkommen anzugeben. Menschen mit hohem Einkommen tendieren eher dazu, ein geringeres Einkommen zu berichten (Angel et al. 2019, Kreiner et al. 2015, Kim & Tamborini 2012). Sehr reiche Menschen nehmen wiederum insgesamt seltener an Befragungen teil (Schröder et al. 2019, D'Alessio & Faiella 2002). Ein Vergleich der vorliegenden Befragungsdaten mit dem EU-SILC (Statistik Austria 2021, 2022) deutet an, dass die vorliegenden Daten eher am oberen als am unteren Ende der Einkommensverteilung etwas verzerrt sind.

⁸ Äquivalisiertes Haushaltsnettoeinkommen, siehe Fußnote 7.

3 Einschätzung der Einkommens- und Vermögensverteilung

Angesichts der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit auch in Österreich (Kapitel 1): Was denken die Menschen über die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Und hängt die Klassenzugehörigkeit mit ihrer dahingehenden Einschätzung zusammen?

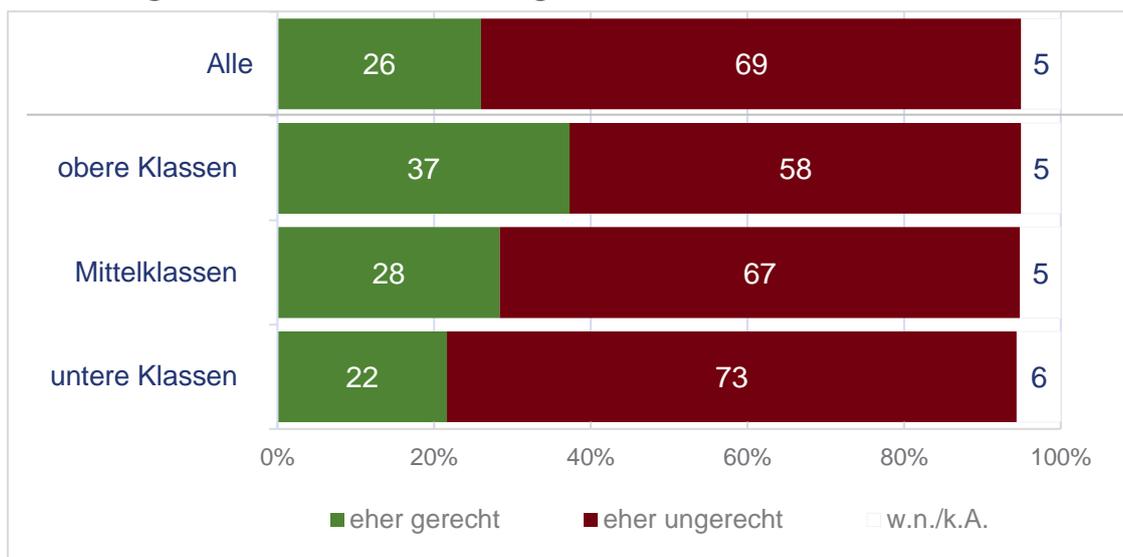
Mit jeweils rund 70% ist die überwiegende Mehrzahl der Menschen in Österreich davon überzeugt, dass bei uns Einkommen und Vermögen ungerecht verteilt sind. Diese Einschätzung zieht sich durch alle Klassen, wobei sie in den unteren Klassen noch einmal deutlicher ausfällt als in den oberen. So denken 73% der unteren Klassen, dass Einkommen in Österreich ungerecht verteilt ist, dasselbe gilt für 58% der oberen Klassen. Mit Blick auf die Verteilung von Vermögen fällt dieser Unterschied etwas geringer aus, er bleibt jedoch aufrecht (Abbildung 1 und Abbildung 2).

Klasse ist darüber hinaus auch unabhängig von anderen Ungleichheitsmerkmalen (Kapitel 2.2) relevant für die Sicht der Menschen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung: Kontrollieren wir für die möglichen Effekte von formaler Bildung Geschlecht, Alter und Stadt/Land auf die Einschätzung der Menschen, berichten die unteren Klassen immer noch häufiger von Ungerechtigkeit als die oberen Klassen (Tabelle 4 im Anhang)⁹.

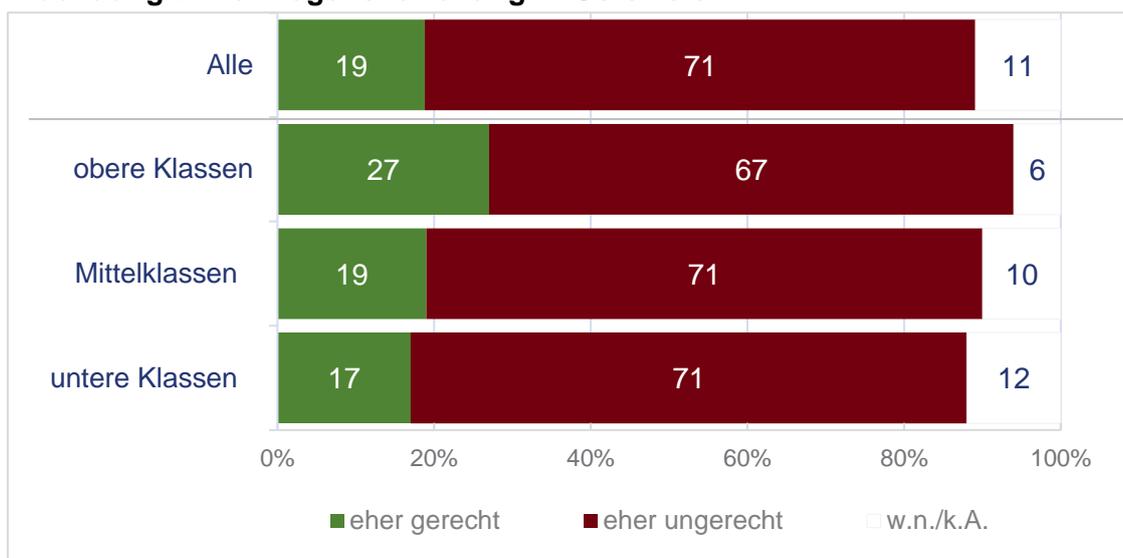
In den unteren Klassen ist außerdem das Wissen über die eigene Position in der Einkommensverteilung ausschlaggebend für die Bewertung: Verorten die Menschen sich auch selbst in den unteren Klassen, sind 81% von der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung überzeugt. Überschätzen sie ihre Position, sind es mit 68% deutlich weniger. In den Mittel- und oberen Klassen spielt Klassenbewusstsein demgegenüber keine Rolle für die Bewertung der Einkommensverteilung als gerecht oder ungerecht.

Hervor sticht schließlich der Zusammenhang mit dem Vertrauen in das politische System: Denken die Menschen, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung ungerecht ist, zweifeln sie auch häufiger an der Funktionsfähigkeit des politischen Systems (Abbildung 3). Dies verwundert nicht, denn 84% von ihnen verorten die Verantwortung für die Verringerung bestehender Einkommensunterschiede bei der Politik. Dass es Aufgabe der Politik ist, Einkommensunterschiede zu reduzieren, denkt auch die Mehrzahl der Menschen in allen Klassen (Abbildung 4).

⁹ Das statistische Verfahren hierfür sind Regressionsmodelle.

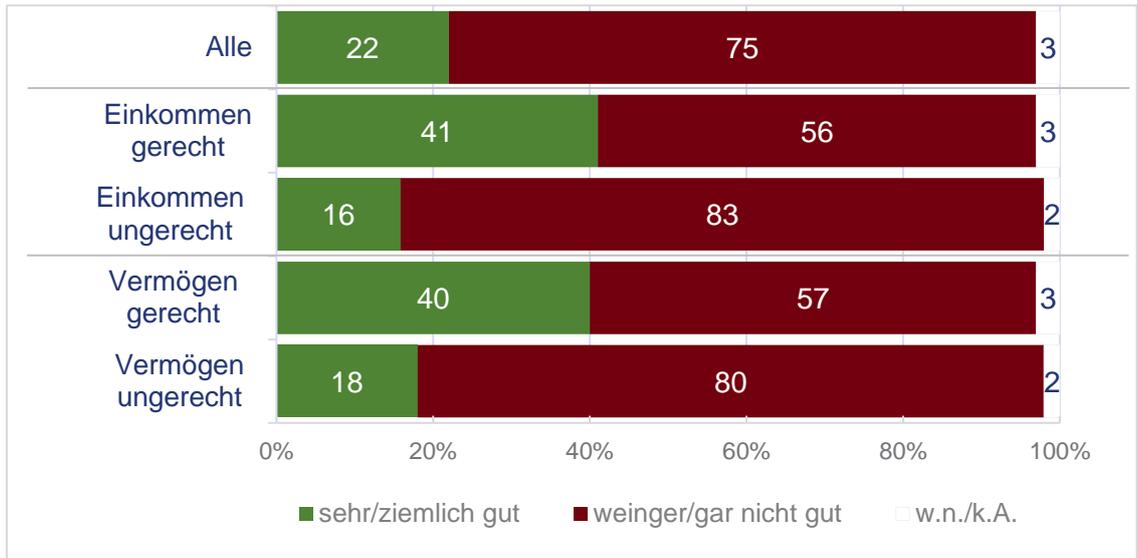
Abbildung 1: Einkommensverteilung in Österreich

n=2.000; Frage im Wortlaut: „Bitte denken Sie an das, was die Menschen verdienen und besitzen: Ist bei uns in Österreich Einkommen eher gerecht oder eher ungerecht verteilt?“

Abbildung 2: Vermögensverteilung in Österreich

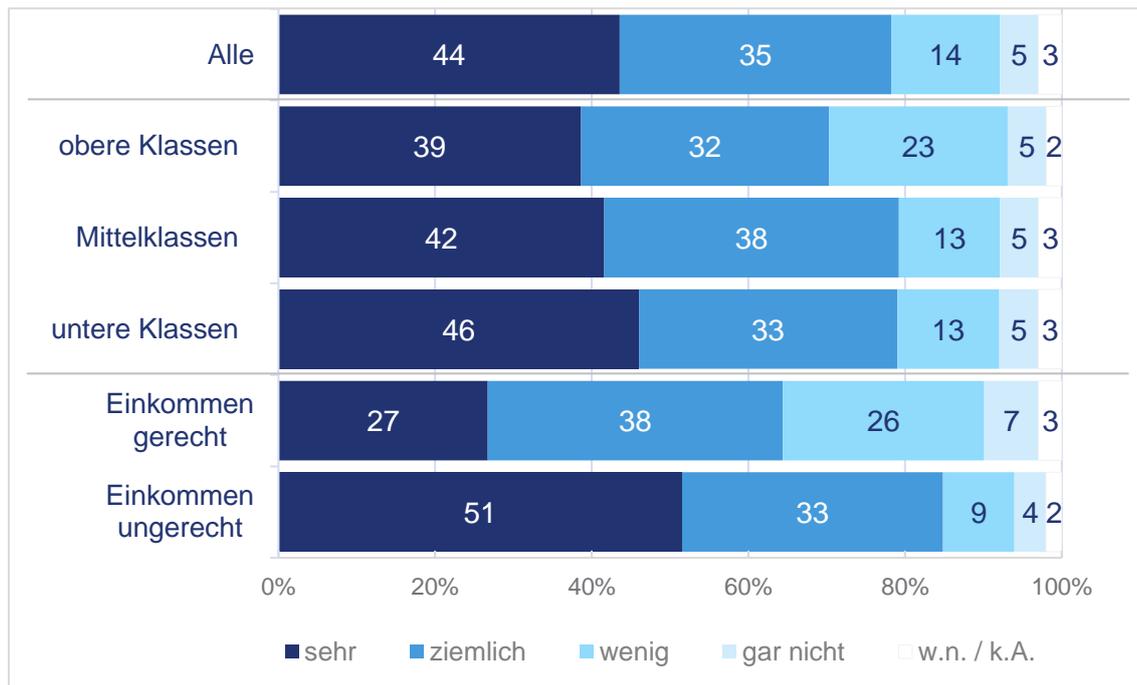
n=2.000; Frage im Wortlaut: „Bitte denken Sie an das, was die Menschen verdienen und besitzen: Ist bei uns in Österreich Vermögen eher gerecht oder eher ungerecht verteilt?“

Abbildung 3: Bewertung des politischen Systems



n=2.000; Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“.

Abbildung 4: Politik für Verringerung von Einkommensunterschieden verantwortlich?



n=2.000; Frage im Wortlaut: „Ist Ihrer Meinung nach die Politik sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht verantwortlich dafür, Einkommensunterschiede zwischen reichen und armen Menschen zu verringern?“.

4 Haltung zu umverteilenden Maßnahmen

Anschließend an das insgesamt hohe Ungerechtigkeitsempfinden in Zusammenhang mit der Einkommens- und Vermögensverteilung im Land sowie der weit verbreiteten Ansicht, dass es Aufgabe der Politik sei, dies zu ändern (Kapitel 3): Wie stehen die Menschen zu konkreten politischen Maßnahmen mit umverteilender Wirkung?

Um diese Frage zu beantworten, lag der Fokus der durchgeführten Befragung auf der Bewertung von politischen Vorhaben – sprechen sich die Menschen eher dafür oder eher dagegen aus? Ausgewählt wurden die Vorhaben aus den drei Politikfeldern Steuern, Arbeit und Soziales, da diese einen Großteil der staatlichen Umverteilung abdecken. Sämtliche in die Befragung inkludierten Vorhaben sollten außerdem Teil des aktuellen politischen Diskurses und damit für die Befragten nicht gänzlich neu sein oder völlig aus dem Nichts gegriffen erscheinen. Die konkrete Auswahl erfolgte schließlich auf Basis des aktuellen Regierungsprogramms (Bundeskanzleramt 2020) und der aktuellen Debatten im Nationalrat¹⁰. Um ein über Regierung und parlamentarische Opposition hinausgehendes Meinungsspektrum abzubilden, wurden auch Positionspapiere zentraler Interessensvertretungen¹¹ berücksichtigt.

4.1 Politikfeld Steuern

Als wichtigste Einnahmequelle des Staats finanzieren Steuern nicht nur Aufgaben, die im Interesse der Allgemeinheit sind. Mit dem Transfer des Geldes vom Einzelnen zur öffentlichen Hand wird ökonomische Macht umverteilt und Gesellschaft gestaltet. Wer Steuern zahlt, und wie hoch diese ausfallen, ist dabei eine politische Entscheidung, die von Weltanschauungen ebenso geprägt ist wie von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Jene steuerpolitischen Vorhaben, die in letzter Zeit diskutiert und in die Befragung aufgenommen wurden, sind in Tabelle 1 aufgelistet.

¹⁰ [Protokolle | Parlament Österreich](#)

¹¹ Vertretungen von Arbeitgeber:innen, Arbeitnehmer:innen und Armutsbetroffenen.

Tabelle 1: Überblick: steuerpolitische Vorhaben in der Befragung

1. Senkung der Steuern und Abgaben für Unternehmen
2. Senkung der Steuern und Abgaben für Beschäftigte
3. Senkung der Steuer auf Lebensmittel
4. Erhöhung der Steuern auf Unternehmensgewinne
5. Einführung einer Steuer auf den Verbrauch klimaschädlicher Güter
6. Einführung einer Steuer auf große Vermögen
7. Einführung einer Steuer auf große Erbschaften

Was denkt die Bevölkerung zu diesen Steuersenkungen bzw. Steuererhöhungen? Mit jeweils vier Fünftel (80%) spricht sich die überwiegende Mehrheit für eine Senkung der Steuer auf Lebensmittel und für Steuersenkungen für Beschäftigte aus. Die Einführung einer Vermögenssteuer befürworten zwei Drittel und auch die Erhöhung der Steuern auf Unternehmensgewinne wird von der Mehrzahl der Menschen (55%) unterstützt (Abbildung 5).

Weniger eindeutig ist ihre Meinung zu Erbschafts- und klimabezogenen Steuern: Jeweils nicht ganz die Hälfte spricht sich dafür, jedoch auch ein (knappes) Drittel dagegen aus. Ob Steuern und Abgaben für Unternehmen gesenkt werden sollen, spaltet die Bevölkerung: Ein Drittel ist dafür, ein weiteres Drittel ist dagegen und ein Viertel gibt hierzu keine Meinung ab („weiß ich nicht“ / kann ich nicht sagen“). Dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung keine Meinung im Sinne eines dafür oder dagegen hat, gilt dabei für beide unternehmensbezogenen Vorhaben. Auch zu den klimabezogenen Steuern, die relativ neu auf der politischen Agenda sind, hat rund jede:r Fünfte keine Meinung (Abbildung 5).

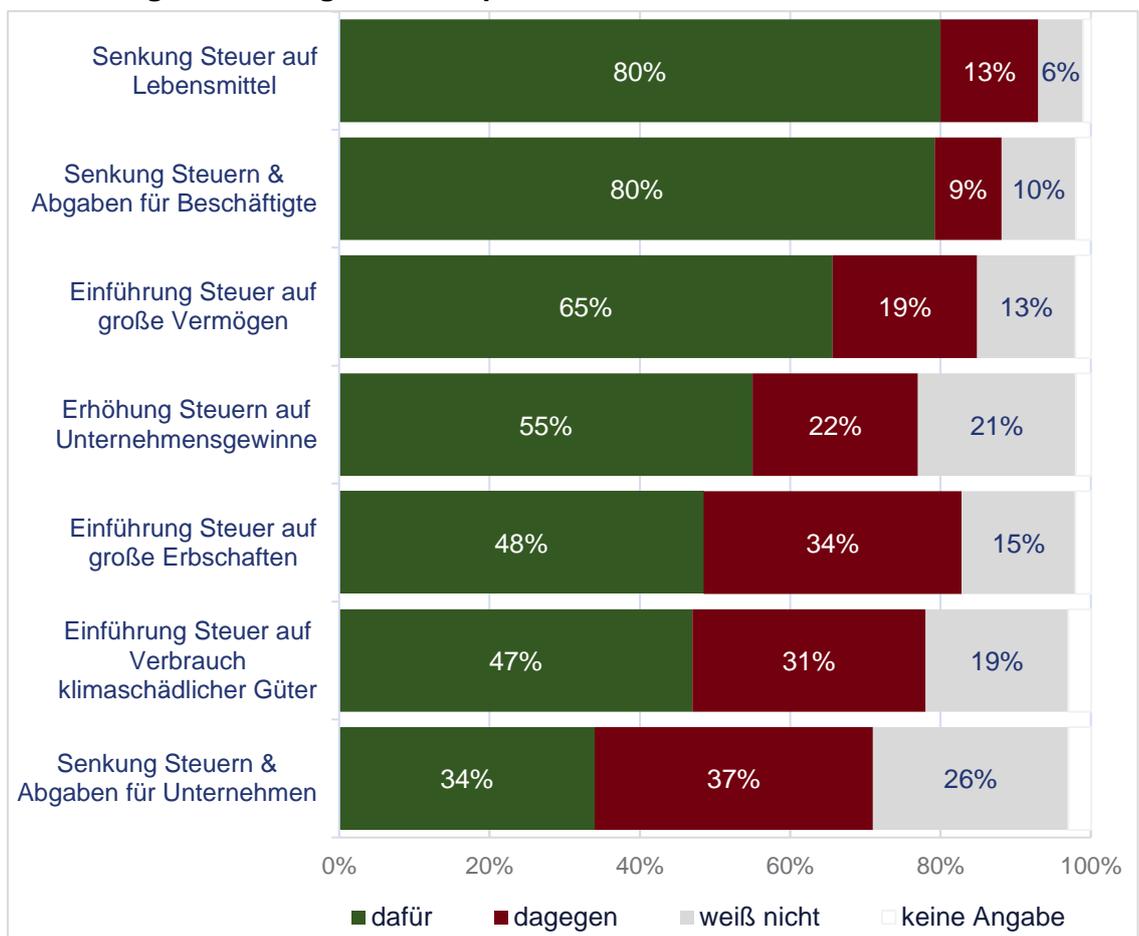
Hervor sticht, dass die unteren Klassen und die Mittelklassen häufiger keine Meinung zu steuerpolitischen Vorhaben abgeben als die oberen Klassen (Abbildung 6). Dies hat einerseits mit fehlenden Berührungspunkten im Sinne persönlicher Betroffenheit zu tun (siehe Steuern auf Lebensmittel und Erwerbsarbeit vs. unternehmensbezogene Steuern in Abbildung 6). Andererseits steckt dahinter jedoch auch der klassenspezifische Zugang zu Ressourcen, die zur Meinungsbildung notwendig sind.

Anschließend an die Klassenzugehörigkeit der Menschen: Denken die unterschiedlichen Klassen anders über umverteilende steuerpolitische Vorhaben? Hierzu fallen auf den ersten Blick klassenübergreifende Mehrheiten auf: In jeder Klasse unterstützen zumindest drei Viertel Steuersenkungen für Beschäftigte, zumindest zwei Drittel sprechen sich für eine Senkung der Steuer auf Lebensmittel aus und zumindest 60% votieren für die Einführung einer Vermögenssteuer. Auch das Vorhaben, Unternehmensgewinne stärker

zu besteuern, findet in jeder Klasse eine Zustimmung von etwas über 50% (Abbildung 6).

Tatsächliche Meinungsunterschiede im Sinne anderer Mehrheitsverhältnisse gibt es zwischen den unteren Klassen, den Mittelklassen und den oberen Klassen nicht (Abbildung 6). Die Klassen unterscheiden sich jedoch zum Teil im Ausmaß ihrer Zustimmung¹²: Die unteren Klassen und die Mittelklassen – also die unteren 90% – votieren häufiger als die oberen Klassen für Steuersenkungen auf Lebensmittel und Steuererhöhungen auf Unternehmensgewinne. Die Mittelklassen unterstützen außerdem häufiger als die oberen Klassen die Einführung einer Vermögenssteuer (Tabelle 5 im Anhang).

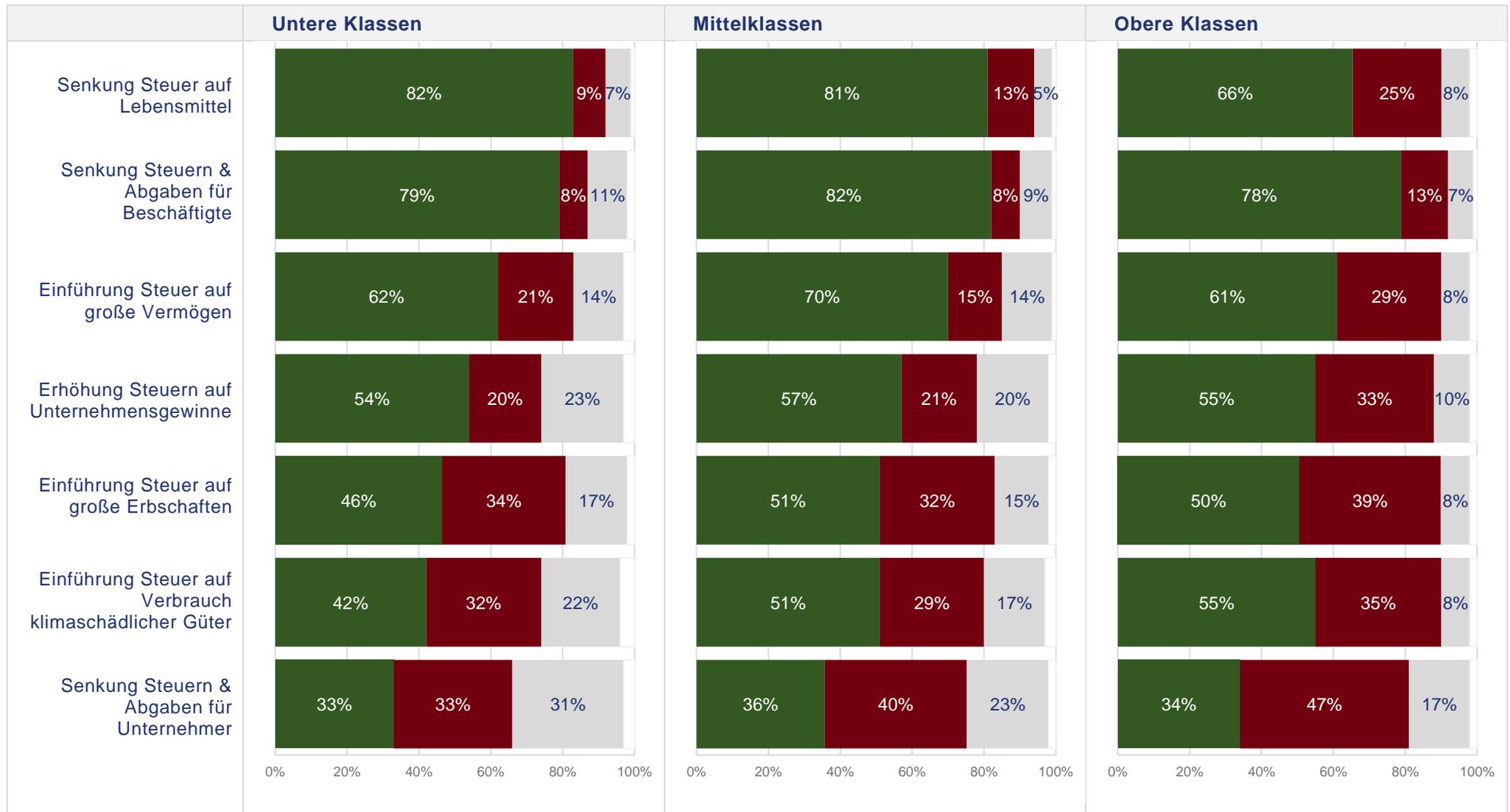
Abbildung 5: Meinung zu steuerpolitischen Vorhaben



n=2.000; Frage im Wortlaut: „In der Politik werden unterschiedliche Ideen zum Thema Steuern diskutiert. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – sind Sie eher dafür oder eher dagegen?“ Rest auf 100%=„keine Angabe“.

¹² Dies ist in der deskriptiven Darstellung von Abbildung 6 schwieriger zu erkennen, da die teils hohen, teils nach Klasse systematisch variierenden fehlenden Meinungen („weiß ich nicht / kann ich nicht sagen“) berücksichtigt werden müssen. Die berechneten multinominalen logistische Regressionsmodelle schaffen hier Abhilfe: Sie schätzen den Effekt eines Merkmals (=Klasse) auf eine abhängige Variable mit mehr als zwei Ausprägungen (=Meinung zu politischem Vorhaben). Dabei werden jeweils zwei Klassen miteinander verglichen und auf Basis der gesamten Verteilung der abhängigen Variable wird geschätzt, ob die eine Klasse im Vergleich zur anderen Klasse eher dafür stimmt als dagegen (Hilbe 2009).

Abbildung 6: Meinung zu steuerpolitischen Vorhaben nach Klassen



Frage im Wortlaut: „In der Politik werden unterschiedliche Ideen zum Thema Steuern diskutiert. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – sind Sie eher dafür oder eher dagegen?“ Rest auf 100%="keine Angabe". **Legende:** grün=dafür / rot=dagegen / grau=weiß nicht / weiß=keine Angabe.

4.2 Politikfeld Arbeit

Grob gesprochen umfasst Arbeitsmarktpolitik all jene staatlichen Maßnahmen, die das Zusammenspiel von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage regeln. Aktive Arbeitsmarktpolitik verfolgt dabei das Ziel, Beschäftigung zu fördern und Arbeitslosigkeit zu vermeiden (Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft 2022, S.4). Unterstützung und Qualifizierung, Kontrollen und Sanktionen sollen dabei die Beschäftigungsfähigkeit auch unter sich schnell verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sicherstellen und so zur Flexibilität der Arbeitsmärkte beitragen (Atzmüller 2009, S. 24).

Diese Kombination aus „fördern und fordern“ ist zentraler Teil des politischen Diskurses und spiegelt sich daher – gemeinsam mit Vorhaben zur Gestaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen – auch in der Befragung wider. Einen Überblick über die in den Fragebogen integrierten politischen Vorhaben zum Thema Arbeit gibt Tabelle 2.

Tabelle 2: Überblick: arbeits(markt)politische Vorhaben in der Befragung

1. Strengere Bestimmungen für Arbeitslose, damit sie schneller eine neue Arbeit annehmen
2. Strengere Bestimmungen für Ältere, damit sie bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter arbeiten
3. Mehr Unterstützung für Arbeitslose, damit sie eine für sie passende Arbeit finden
4. Richtlinien und Angebote für Unternehmen, damit ältere Mitarbeiter:innen bis zur Pension gesund arbeiten können
5. Mehr Geld für Umschulungen damit Menschen leichter in neue Jobs wechseln können
6. Erhöhung der Löhne in Branchen mit niedriger Bezahlung
7. Verbesserung der Arbeitsbedingungen in besonders anstrengenden Berufen
8. Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen, um Arbeitskräfte ins Land zu holen

Zu Beginn der Corona-Pandemie hat auch die Diskussion um niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen in vielen systemrelevanten Berufen an Fahrt aufgenommen. Inzwischen ist es dahingehend wieder etwas leiser geworden, die Meinung der Bevölkerung ist jedoch eindeutig: Jeweils knapp neun von zehn Menschen in Österreich sprechen sich für Lohnerhöhungen in Branchen mit niedriger Bezahlung (87%) und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in besonders anstrengenden Berufen (88%) aus (Abbildung 7).

Auch zur Frage, wie es gelingen kann, dass ältere Menschen bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter in Beschäftigung bleiben, haben die Menschen eine klare Haltung: 84% unterstützen die Forderung nach Richtlinien und Angeboten für Unternehmen, damit diese alterns- bzw. altersgerechte Arbeitsplätze

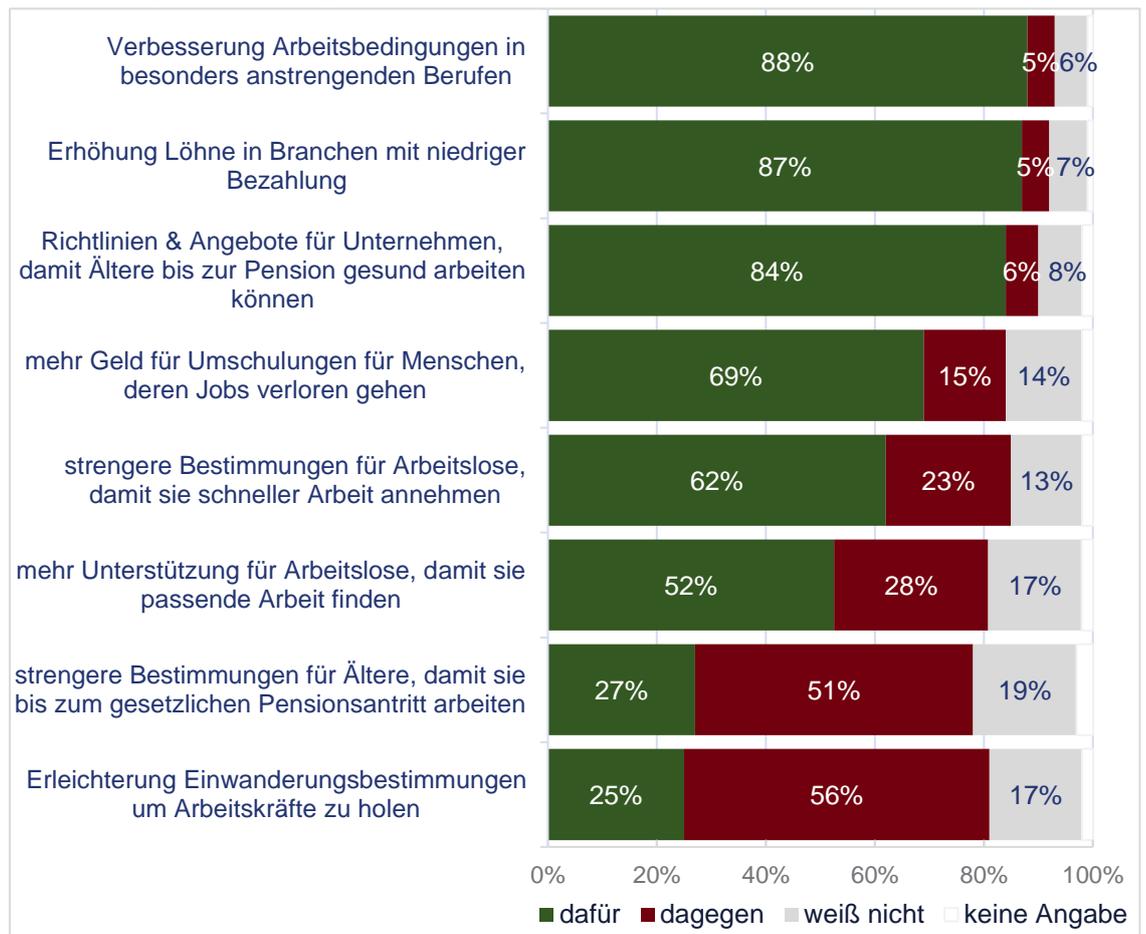
schaffen können. Demgegenüber befürworten nur 27% strengere Bestimmungen für die älteren Arbeitnehmer:innen, 51% sprechen sich gegen solche aus (Abbildung 7).

In Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit finden wir den gewandelten Diskurs zum Thema – Arbeitslosigkeit wird heute weniger als Arbeitsmarktproblem, denn als individuelles Defizit betrachtet – auch in den Haltungen der Bevölkerung. So befürworten 69% mehr finanzielle Mittel für Umschulungen, damit Menschen leichter eine neue Stelle finden, wenn ihr Arbeitsplatz aufgrund arbeitsmarktbezogener Entwicklungen verloren geht. Eine beinahe ebenso eindeutige Mehrheit von 62% befürwortet strengere Bestimmungen für arbeitslose Menschen – sie sollen schneller eine neue Arbeit annehmen müssen. Dass es demgegenüber mehr Unterstützung für Arbeitslose geben soll, damit diese nicht nur schnell einen neuen Arbeitsplatz, sondern auch eine für sie passende Arbeit finden, denkt rund die Hälfte der Bevölkerung (52%). Mit 56% spricht sich schließlich die Mehrzahl gegen das Vorhaben aus, Einwanderungsbestimmungen zu lockern, um neue Arbeitskräfte ins Land zu holen (Abbildung 7).

Die Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Klassen verweist auch an dieser Stelle auf klassenübergreifende Mehrheiten: In jeder Klasse unterstützen jeweils zumindest vier Fünftel die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in besonders anstrengenden Berufen, Lohnerhöhungen in Branchen mit geringer Bezahlung und Richtlinien bzw. Angebote für Unternehmen, damit Ältere bis zur Pension arbeiten können (Abbildung 8).

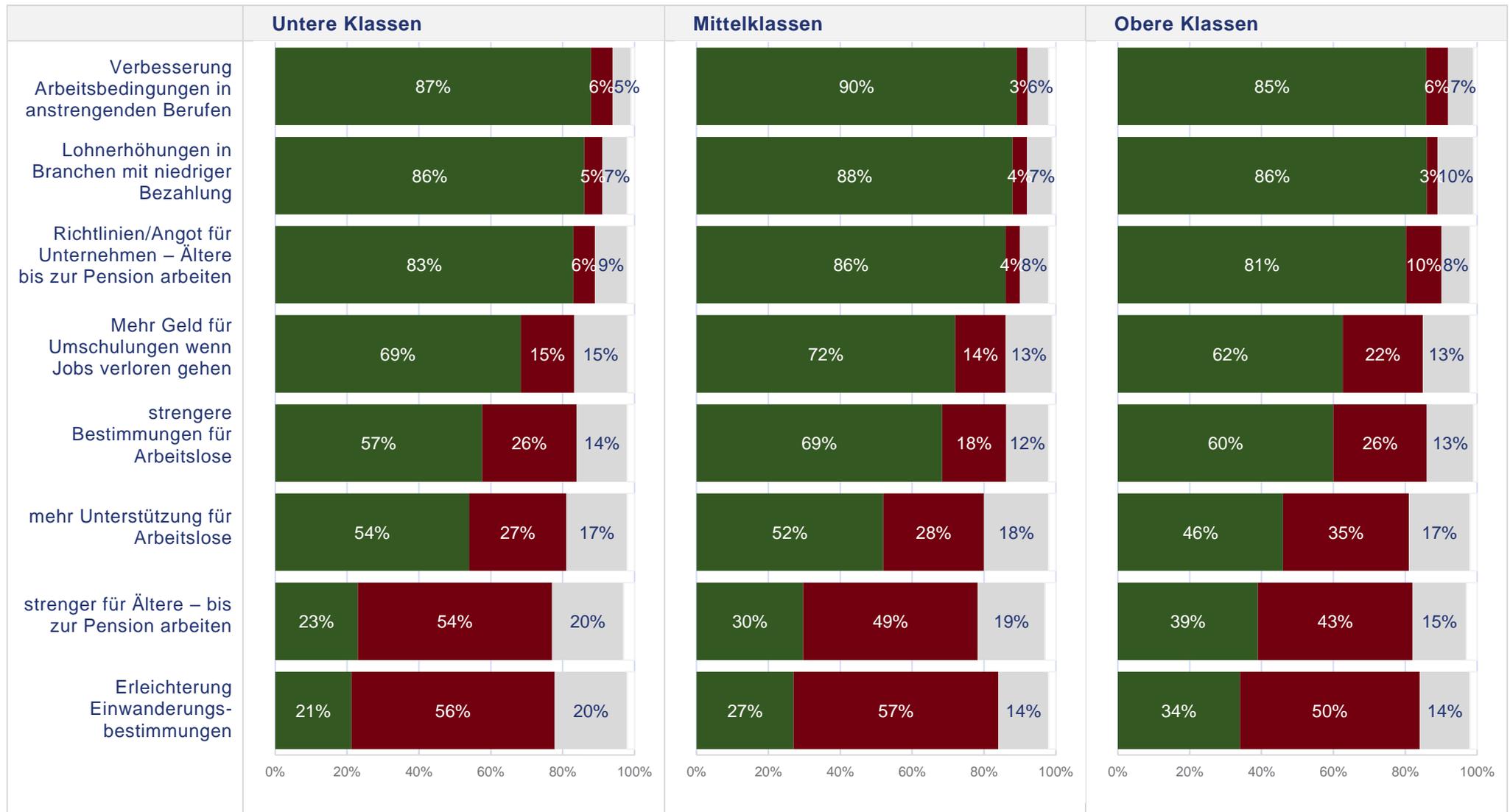
Tatsächliche Meinungsunterschiede im Sinne anderer Mehrheitsverhältnisse zwischen den unteren Klassen, den Mittelklassen und den oberen Klassen gibt es auch beim Thema Arbeit nicht (Abbildung 7). Die unteren Klassen und die Mittelklassen – also die unteren 90% – stimmen jedoch häufiger als die oberen Klassen für mehr Unterstützung für arbeitslose Menschen, für mehr Investitionen in Umschulungen, gegen strengere Regeln für ältere Beschäftigte und gegen eine Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen. Außerdem unterstützen die Mittelklassen häufiger als die oberen Klassen Richtlinien und Angebote für Unternehmen zur Schaffung von altersgerechten Arbeitsplätzen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in besonders anstrengenden Berufen und strengere Bestimmungen für arbeitslose Menschen (Tabelle 6 im Anhang)¹³.

¹³ Berechnet mittels multinomialer logistischer Regressionsmodelle, siehe Fußnote 12.

Abbildung 7: Meinung zu arbeits(markt)politischen Vorhaben

n=2.000; Frage im Wortlaut: „Die Politik diskutiert auch unterschiedliche Ideen zum Thema Arbeit. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – sind Sie eher dafür oder eher dagegen?“ Rest auf 100%=“keine Angabe“.

Abbildung 8: Meinung zu arbeits(markt)politischen Vorhaben nach Klassen



Frage im Wortlaut: „Die Politik diskutiert auch unterschiedliche Ideen zum Thema Arbeit. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – sind Sie eher dafür oder eher dagegen?“ Rest auf 100%="keine Angabe". **Legende:** grün=dafür / rot=dagegen / grau=weiß nicht / weiß=keine Angabe.

4.3 Politikfeld Soziales

Sozialstaat bedeutet nicht nur status- und existenzsichernde Maßnahmen. Durch sozialstaatliche Ausgaben erfolgt in Österreich wesentlich mehr Umverteilung als durch steuerliche Einnahmen (Rocha-Akis et al. 2019). Sozialleistungen sind vor allem in Hinblick auf ihre Höhe und Bezugsdauer Teil des politischen Diskurses, in die vorliegende Befragung wurden sie dementsprechend integriert. Ergänzt wurde das Politikfeld Soziales um diskutierte Vorhaben im Kontext von Diskriminierung und Chancengleichheit (Tabelle 3).

Tabelle 3: Überblick: sozialpolitische Vorhaben in der Befragung

1. Dauerhaft mehr Geld für Menschen, die Sozialhilfe beziehen
2. Dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes
3. Dauerhaft mehr Geld für Familien
4. Dauerhaft mehr Geld für die Mittelschicht
5. Dauerhaft mehr Geld für Gutverdienende und Vermögende
6. Einmalige Zahlungen für arbeitslose und armutsgefährdete Menschen, z.B. zur Abfederung der Teuerung
7. Mehr Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung
8. Mehr Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Armut
9. Verbesserung der Chancen auf höher Bildungsabschlüsse für Kinder mit schlechteren Startbedingungen

In der Bevölkerung besonders hohen Zuspruch findet ein chancengerechteres Bildungssystem: Rund vier Fünftel (81%) befürworten Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen für Kinder mit schlechteren Startbedingungen. Ebenfalls breite Unterstützung findet die dauerhafte Aufstockung der finanziellen Leistungen für Familien (70%) und für die Mittelschicht (69%). So klar die Mehrheit hier dafür ausfällt, ist sie in Hinblick auf dauerhaft mehr Geld für Gutverdienende und Vermögende dagegen (77%) (Abbildung 9).

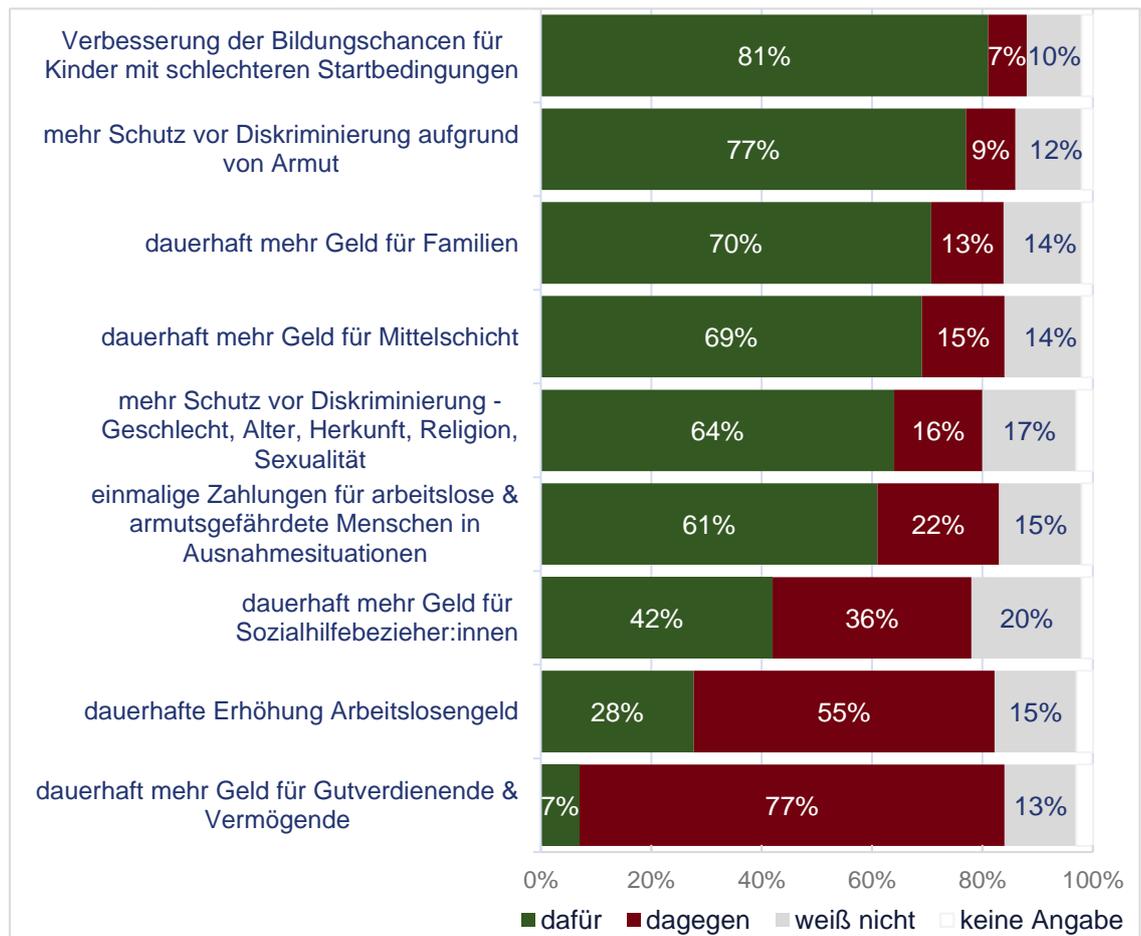
Weniger eindeutig ist die Meinung der Bevölkerung, wenn es um das andere Ende der Einkommens- und Vermögensverteilung geht: Einmalige Zahlungen an arbeitslose und armutsgefährdete Menschen in Ausnahmesituationen (wie der aktuellen Teuerung) werden mehrheitlich (61%) befürwortet. Bei einer dauerhaften Erhöhung der Sozialhilfe gehen die Meinungen jedoch auseinander: 42% unterstützen dieses Vorhaben, 36% sprechen sich dagegen aus und weitere 20% haben hierzu keine Meinung. Eine dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes lehnt schließlich die Mehrheit (55%) ab. Während der verteilungspolitische Aspekt von Klasse also unterschiedlich bewertet wird, ist sich der Großteil der Bevölkerung (77%) darüber einig, dass Menschen besser

vor Diskriminierung aufgrund von Armut geschützt werden sollen (Abbildung 9).

Die klassenübergreifenden Mehrheiten im Politikfeld Soziales spiegeln die aggregierte, verteilungspolitische Haltung der Menschen in Österreich: Dauerhaft mehr Unterstützung für Gutverdienende und Vermögende wird abgelehnt (in jeder Klasse mindestens 70% dagegen). Im Gegensatz dazu soll die Mitte der Gesellschaft gestärkt werden – in jeder Klasse unterstützen zumindest 60% dauerhaft mehr Geld für die Mittelschicht und für Familien. Für die unteren Klassen sind wiederum in erster Linie Chancengleichheit (in jeder Klasse zumindest vier Fünftel dafür), Schutz vor Diskriminierung (jeweils zumindest 70% dafür) und Einmalzahlungen im Notfall (jeweils zumindest etwas über 50% dafür) vorgesehen (Abbildung 10).

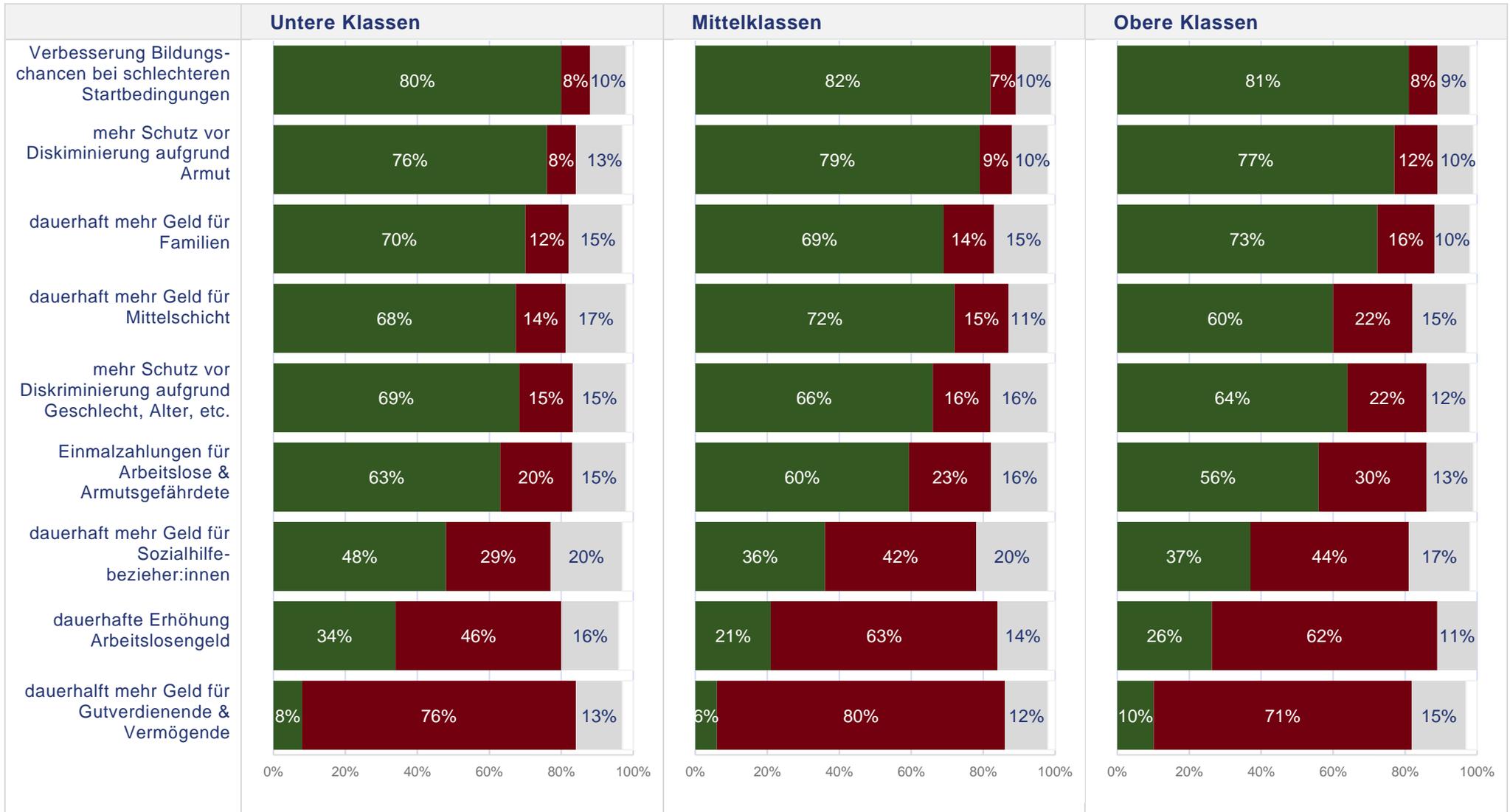
Auch beim Politikfeld Soziales gibt es keine tatsächlichen Meinungsunterschiede im Sinne von unterschiedlichen Mehrheiten (Abbildung 10). Der Blick auf unterschiedliche Ausmaße an Zustimmung¹⁴ legt jedoch offen, dass die unteren Klassen dennoch etwas anders denken als die Mittelklassen und oberen Klassen: Sie befürworten häufiger dauerhafte Erhöhungen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld sowie Einmalzahlungen an arbeitslose und armutsgefährdete Menschen. Die Mittelklassen unterscheiden sich in zwei Punkten von den oberen Klassen: Sie befürworten häufiger eine dauerhaft höhere finanzielle Unterstützung ihrer eigenen Gruppe, während sie dauerhaft mehr Geld für die oberen Klassen häufiger ablehnen (Tabelle 7 im Anhang).

¹⁴ Berechnet mittels multinomialer logistischer Regressionsmodelle, siehe Fußnote 12.

Abbildung 9: Meinung zu sozialpolitischen Maßnahmen

n=2.000; Frage im Wortlaut: „In der Politik werden unterschiedliche Ideen zum Thema Soziales. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – sind Sie eher dafür oder eher dagegen?“ Rest auf 100%="keine Angabe".

Abbildung 10: Meinung zu sozialpolitischen Vorhaben nach Klassen



Frage im Wortlaut: „In der Politik werden auch unterschiedliche Ideen zum Thema Soziales diskutiert. Was denken Sie über die folgenden Vorschläge – sind Sie eher dafür oder eher dagegen?“ Rest auf 100%="keine Angabe". **Legende:** grün=dafür / rot=dagegen / grau=weiß nicht / weiß=keine Angabe.

5 Fazit

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt

Die Mehrzahl der Menschen aller Klassen denkt, dass Einkommen und Vermögen in Österreich ungerecht verteilt sind. Dieses Ungerechtigkeitsempfinden ist in den unteren- und Mittelklassen etwas weiter verbreitet als in den oberen Klassen. In den unteren Klassen verstärkt Klassenbewusstsein – also das Wissen über die eigene Position in der Einkommensverteilung – den kritischen Blick auf ökonomische Ungleichheit. Die Forschung bestätigt: Werden Menschen in den unteren Etagen der Gesellschaft über Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie über ihre eigene Position innerhalb der Verteilungen informiert, steigt ihre Wahrnehmung von und ihre Bedenken über ökonomische Ungleichheit (Ciani et al. 2021).

Ökonomische Ungleichheit zu reduzieren ist Aufgabe der Politik

Die Mehrzahl der Menschen aller Klassen verortet die Verantwortung, Einkommensunterschiede zu reduzieren, bei der Politik. Geschieht dies nicht, leidet auch das Vertrauen in das politische System: Jene Menschen, die die Verteilung von Einkommen und Vermögen als ungerecht empfinden, zweifeln in beträchtlichem Ausmaß an der Funktionsfähigkeit des politischen Systems.

Breite Unterstützung für Maßnahmen, die ökonomische Ungleichheit adressieren

Die Implementierung von Maßnahmen, die der zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheit entgegen wirken, benötigt den entsprechenden politischen Willen, aber auch die Unterstützung der Bürger:innen. In Österreich sind in Hinblick auf ökonomische Ungleichheit nicht nur das Ungerechtigkeitsempfinden und die Erwartungshaltung an die Politik hoch. Damit einher geht eine breite Unterstützung für konkrete Maßnahmen, die die ungleichen Verhältnisse bekämpfen:

Klassenübergreifende Mehrheiten für politische Vorhaben mit umverteilender Wirkung

Ökonomische Ungleichheit nimmt auf der politischen Agenda nach wie vor keinen Spitzenplatz ein. Dennoch sind Maßnahmen, die das Thema adressieren, immer wieder Teil des politischen Diskurses. Von diesen ausgehend, unterstützen die Menschen in Österreich eine Reihe von politischen Vorhaben mit umverteilender Wirkung: die Erhöhung der Steuern auf Unternehmensgewinne, die Senkung von Steuern für Beschäftigte, die Einführung einer Steuer auf große Vermögen und Lohnerhöhungen in Branchen mit geringer Bezahlung finden in allen Klassen mehrheitlich Zustimmung.

Klassenübergreifende Mehrheiten für Verbesserung der Lebensumstände der unteren Klassen

Niedrige Löhne gehen einher mit hoher Arbeitsbelastung und geringer gesellschaftlicher Wertschätzung. In diesem Zusammenhang befürwortet die Mehrzahl der Menschen in allen Klassen nicht nur Lohnerhöhungen, sondern auch Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in besonders anstrengenden Berufen. Ebenfalls in allen Klassen mehrheitlich Zustimmung findet das Vorhaben, stärker vor Diskriminierung aufgrund von Armut zu schützen.

Bei der Frage, wie gerade auch in Berufen mit hoher Belastung bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter gearbeitet werden kann, verweisen die Menschen auf die systemische Ebene: Das Vorhaben, Richtlinien und Angebote für Unternehmen zu schaffen, damit diese alterns- und altersgerechten Arbeiten ermöglichen können, wird von klassenübergreifenden Mehrheiten unterstützt.

Das Ungerechtigkeitsempfinden zu einem politischen Kollektiv bündeln

Ungeachtet ihrer breiten Zustimmung zu den genannten politischen Vorhaben berichten die unteren- und die Mittelklassen häufiger als die oberen Klassen keine Meinung zu umverteilenden Maßnahmen. Das Ungerechtigkeitsempfinden eines nennenswerten Teils der Menschen bleibt damit diffus und schlägt sich noch am ehesten in einer Abwendung vom politischen System nieder. Entsprechend vermittelte Informationen über ökonomische Ungleichheit, politische Maßnahmen und deren Wirkung können hier Abhilfe schaffen (zuletzt: Bellani et al. 2021, OECD 2021) und das teils vage Empfinden, das etwas nicht richtig läuft, in einem auch politisch wirksamen Kollektiv bündeln.

Anhang

Tabelle 4: Logistische Regressionsmodelle Verteilung

Einkommen in Österreich eher gerecht / eher ungerecht verteilt	B	Sig.	Exp(B)
Klasse	-0,285	0,001	0,752
Bildung	-0,089	0,035	0,915
Geschlecht	0,076	0,482	1,079
Alter	0,040	0,410	1,041
Stadt / Land	0,060	0,577	1,061
Vermögen in Österreich eher gerecht / eher ungerecht verteilt	B	Sig.	Exp(B)
Klasse	-0,215	0,012	0,807
Bildung	-0,008	0,872	0,992
Geschlecht	0,028	0,815	1,028
Alter	-0,032	0,556	0,968
Stadt / Land	0,213	0,089	1,238

Abhängige Variable: Einkommen / Vermögen ist in Österreich eher ungerecht verteilt

Unabhängige Variablen: Klasse (aufsteigend), Bildung (aufsteigend), Geschlecht (Mann), Alter (aufsteigend), Stadt/Land (Land)

B: Regressionskoeffizient

Sig.: signifikant, wenn Wert < 0,05

Exp.(B): ist das Odds Ratio, Werte > 1 verweisen auf einen positiven Effekt, Werte < 1 auf einen negativen Effekt; Je weiter der Wert von 1 entfernt ist, desto stärker ist der Effekt

Tabelle 5: Multinom. Log. Regressionsmodelle Politikfeld Steuern

Senkung der Steuer auf Lebensmittel	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	1,082	0,000	2,951
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,780	0,000	2,181
Frauen vs. Männer	0,671	0,000	1,955
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,046	0,814	0,955
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,313	0,051	1,368
Stadt vs. Land	-0,238	0,093	0,788
Senkung der Steuern & Abgaben für Beschäftigte	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,412	0,097	1,509
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,499	0,051	1,648
Frauen vs. Männer	0,513	0,003	1,670
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,903	0,000	0,405
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,259	0,209	1,296
Stadt vs. Land	-0,337	0,045	0,714
Einführung einer Steuer auf große Vermögen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,353	0,058	1,423
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,832	0,000	2,299
Frauen vs. Männer	0,190	0,122	1,209
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-1,336	0,000	0,263
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,266	0,076	0,766
Stadt vs. Land	0,025	0,836	1,026
Erhöhung der Steuern auf Unternehmensgewinne	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,522	0,004	1,685
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,509	0,006	1,664
Frauen vs. Männer	-0,089	0,445	0,914
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,939	0,000	0,391
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,370	0,007	0,690
Stadt vs. Land	0,079	0,496	1,083
Einführung einer Steuer auf große Erbschaften	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,127	0,457	1,136
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,227	0,195	1,254
Frauen vs. Männer	-0,216	0,038	0,806
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-1,219	0,000	0,296
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,555	0,000	0,574
Stadt vs. Land	-0,011	0,913	0,989

Einführung einer Steuer auf den Verbrauch klimaschädlicher Güter	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,274	0,113	0,760
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,027	0,877	1,028
Frauen vs. Männer	0,313	0,003	1,368
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,178	0,255	0,837
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,190	0,121	0,827
Stadt vs. Land	0,248	0,019	1,282
Senkung der Steuern & Abgaben für Unternehmen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,288	0,108	1,333
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,139	0,443	1,149
Frauen vs. Männer	0,232	0,033	1,261
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,255	0,110	0,775
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,260	0,037	0,771
Stadt vs. Land	-0,101	0,350	0,904

Abhängige Variable: das jeweilige Vorhaben

Unabhängige Variablen: Klasse (Referenzkategorie: oberste 10%), Geschlecht (Mann), Alter (ab 60-Jährige), Stadt/Land (Land)

B: Regressionskoeffizient

Sig.: signifikant, wenn Wert < 0,05

Exp.(B): ist das Odds Ratio, Werte >1 verweisen auf einen positiven Effekt, Werte <1 auf einen negativen Effekt; Je weiter der Wert von 1 entfernt ist, desto stärker ist der Effekt

Tabelle 6: Multinom. Log. Regressionsmodelle Politikfeld Arbeit

Verbesserung Arbeitsbedingungen in anstrengenden Berufen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,125	0,717	1,133
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,858	0,026	2,359
Frauen vs. Männer	0,596	0,010	1,815
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-2,045	0,000	0,129
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,226	0,524	0,798
Stadt vs. Land	0,241	0,288	1,272
Erhöhung der Löhne in Branchen mit niedriger Bezahlung	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,474	0,272	0,623
Mittelklassen vs. obere Klassen	-0,254	0,567	0,776
Frauen vs. Männer	0,756	0,001	2,130
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-1,902	0,000	0,149
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,553	0,113	0,575
Stadt vs. Land	-0,585	0,014	0,557
Richtlinien & Angebote für Unternehmen, damit Ältere bis zu Pension gesund arbeiten können	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,512	0,076	1,669
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,835	0,007	2,304
Frauen vs. Männer	0,706	0,001	2,026
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-2,198	0,000	0,111
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,956	0,005	0,384
Stadt vs. Land	-0,346	0,098	0,707
Mehr Geld für Umschulungen, damit Menschen, deren Jobs verloren gehen, leichter in neue Jobs wechseln können	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,480	0,017	1,617
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,593	0,004	1,809
Frauen vs. Männer	0,392	0,003	1,480
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,392	0,030	0,676
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,077	0,613	1,080
Stadt vs. Land	0,259	0,057	1,296
Strengere Bestimmungen für Arbeitslose, damit sie schneller eine neue Arbeit annehmen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,153	0,416	0,858
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,505	0,011	1,656
Frauen vs. Männer	0,428	0,000	1,535
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,964	0,000	0,381
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-1,016	0,000	0,362
Stadt vs. Land	-0,543	0,000	0,581

Mehr Unterstützung für Arbeitslose, damit sie eine für sie passende Arbeit finden	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,416	0,020	1,516
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,341	0,041	1,407
Frauen vs. Männer	0,103	0,340	1,108
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,401	0,009	1,494
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,666	0,000	1,947
Stadt vs. Land	0,062	0,564	1,064
Strengere Bestimmungen für Ältere, damit sie bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter arbeiten	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,767	0,000	0,464
Mittelklassen vs. obere Klassen	-0,427	0,020	0,652
Frauen vs. Männer	-0,109	0,332	0,897
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,706	0,000	0,493
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-1,221	0,000	0,295
Stadt vs. Land	0,171	0,126	1,187
Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen, um Arbeitskräfte ins Land zu holen			
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,659	0,000	0,518
Mittelklassen vs. obere Klassen	-0,399	0,027	0,671
Frauen vs. Männer	0,037	0,741	1,038
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,637	0,000	1,891
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,194	0,128	0,823
Stadt vs. Land	0,230	0,059	1,259

Abhängige Variable: das jeweilige Vorhaben

Unabhängige Variablen: Klasse (Referenzkategorie: oberste 10%), Geschlecht (Mann), Alter (ab 60-Jährige), Stadt/Land (Land)

B: Regressionskoeffizient

Sig.: signifikant, wenn Wert < 0,05

Exp.(B): ist das Odds Ratio, Werte >1 verweisen auf einen positiven Effekt, Werte <1 auf einen negativen Effekt; Je weiter der Wert von 1 entfernt ist, desto stärker ist der Effekt

Tabelle 7: Multinom. Log. Regressionsmodelle Politikfeld Soziales

Verbesserung der Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse für Kinder mit schlechteren Startbedingungen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,080	0,785	0,923
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,157	0,607	1,170
Frauen vs. Männer	0,602	0,001	1,827
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,998	0,000	0,369
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,205	0,365	0,814
Stadt vs. Land	0,085	0,629	1,089
mehr Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Armut	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,247	0,342	1,280
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,245	0,354	1,277
Frauen vs. Männer	0,681	0,000	1,976
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,574	0,008	0,563
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,322	0,104	1,380
Stadt vs. Land	-0,070	0,673	0,932
dauerhaft mehr Geld für Familien	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,178	0,419	1,195
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,089	0,690	1,094
Frauen vs. Männer	0,237	0,086	1,268
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,057	0,777	0,944
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,020	0,900	1,020
Stadt vs. Land	-0,546	0,000	0,579
dauerhaft mehr Geld für die Mittelschicht	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,588	0,054	1,801
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,571	0,006	1,770
Frauen vs. Männer	0,471	0,000	1,601
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,144	0,429	1,154
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,593	0,000	1,809
Stadt vs. Land	-0,185	0,162	0,831
mehr Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,208	0,305	1,231
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,295	0,153	1,343
Frauen vs. Männer	0,969	0,000	2,634
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,049	0,798	1,050
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,070	0,640	1,073
Stadt vs. Land	0,061	0,639	1,063

einmalige Zahlungen für arbeitslose und armutsgefährdete Menschen in Ausnahmesituationen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,460	0,012	1,584
Mittelklassen vs. obere Klassen	0,270	0,145	1,310
Frauen vs. Männer	0,330	0,004	1,391
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,738	0,000	0,478
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	-0,460	0,001	0,631
Stadt vs. Land	-0,130	0,255	0,878
dauerhaft mehr Geld für Menschen, die Sozialhilfe beziehen	B	Sig.	Exp(B)
untere Klassen vs. obere Klassen	0,663	0,000	1,941
Mittelklassen vs. obere Klassen	-0,014	0,938	0,986
Frauen vs. Männer	0,037	0,723	1,038
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,202	0,196	1,224
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,238	0,045	1,268
Stadt vs. Land	0,105	0,316	1,111
dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes			
untere Klassen vs. obere Klassen	0,619	0,001	1,857
Mittelklassen vs. obere Klassen	-0,213	0,265	0,808
Frauen vs. Männer	-0,082	0,454	0,922
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,284	0,086	1,329
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,616	0,000	1,852
Stadt vs. Land	0,433	0,000	1,542
dauerhaft mehr Geld für Gutverdienende und Vermögende			
untere Klassen vs. obere Klassen	-0,447	0,102	0,640
Mittelklassen vs. obere Klassen	-0,717	0,013	0,488
Frauen vs. Männer	-0,150	0,410	0,861
bis 29-Jährige vs. ab 60-Jährige	2,001	0,000	7,394
30- bis 59-Jährige vs. ab 60-Jährige	0,704	0,009	2,022
Stadt vs. Land	0,059	0,745	1,061

Abhängige Variable: das jeweilige Vorhaben

Unabhängige Variablen: Klasse (Referenzkategorie: oberste 10%), Geschlecht (Mann), Alter (ab 60-Jährige), Stadt/Land (Land)

B: Regressionskoeffizient

Sig.: signifikant, wenn Wert < 0,05

Exp.(B): ist das Odds Ratio, Werte >1 verweisen auf einen positiven Effekt, Werte <1 auf einen negativen Effekt; Je weiter der Wert von 1 entfernt ist, desto stärker ist der Effekt

Literatur

Altzinger, Wilfried / Humer, Stefan / Moser, Mathias (2017): Entwicklung und Verteilung der Einkommen. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.). Sozialbericht. Wien, 227–268.

Angel, Stefan / Disslbacher, Franziska / Humer, Stefan (2019): What did you really earn last year? Explaining measurement error in survey income data. In: Journal of the Royal Statistical Society 182(4), 1411-1437.

Arbeitsmarktservice (2022): Arbeitsmarktdaten und Arbeitsmarktforschung. [Statistiken: Arbeitsmarktforschung & Arbeitsmarktdaten | AMS](#)

Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel, 4, 24-34.

Bellani, Luna / Bledow, Nona / Busemeyer, Marius / Schwerdt, Guido (2021): When everyone thinks they are middle-class. (Mis-)Perceptions of inequality and why they matter for social policy. Policy Paper 6 of the Cluster „The Politics of Inequality“.

Bortz, Jürgen / Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg: Springer.

Bundeskanzleramt (2020): Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024. Wien. [Regierungsdokumente - Bundeskanzleramt Österreich](#)

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (2022): Aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich 2014 bis 2022. Dokumentation. Wien.

Burzan, Nicole (2011): Soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Ciani, Emanuele / Fréget Louis / Manfredi, Thomas (2021): Learning about inequality and demand for redistribution: A meta-analysis of in-survey informational experiments. OECD Papers on Well-being and Inequalities 2, Paris: OECD Publishing.

D’Alessio, Giovanni / Faiella, Ivan (2002): Non-response behaviour in the Bank of Italy’s survey of household income and wealth. In: Banca d’Italia (Ed): Temi di discussione 462.

Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161-180.

Elsässer, Lea / Fastenrath, Florian / Rehm, Miriam (2022): Making the rich pay? Social democracy and wealth taxation in Europe in the aftermath of the great financial crisis. In: *European Political Science Review*, 1-20.

Emmenegger, Patrick / Marx, Paul (2018): The politics of inequality as organized spectacle. Why the Swiss do not want to tax the rich. In: *New Political Economy*, 24(1), 103-124.

Eppel, Rainer / Leoni, Thomas / Mahringer, Helmut (2017): Österreich 2025: Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich, WIFO.

Eurostat 2021: Living conditions in Europe – income distribution and income inequality. [Living conditions in Europe - income distribution and income inequality - Statistics Explained \(europa.eu\)](#)

Fastenrath, Florian / Marx, Paul (2023): Wann setzen sich linke Parteien für die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ein? Lehren aus dem Bundestagswahlkampf von 2021. In: *Politische Vierteljahresschrift*.

Fastenrath, Florian / Marx, Paul / Truger, Armin / Vitt, Helena (2021): Why is it so difficult to tax the rich? Evidence from German policy-makers. In: *Journal of European Public Policy*, 29(5), 767-786.

Ferschli, Benjamin / Kapeller, Jakob / Schütz, Bernhard / Wildauer, Rafael (2018): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. Working Paper No. 1805. [wp1805.pdf \(uni-linz.ac.at\)](#).

Ganzeboom, Harry (2020): Why weights do not matter but do harm. Presentation. Amsterdam: Department of Sociology VUA.

Hilbe, Joseph (2009): *Logistic Regression Models*. Boca Raton: Taylor & Francis Group.

Kim, Chang-Hwan / Tamborini, Christopher (2012): Do surveys estimate earnings inequality correctly? Measurement errors among black and white male workers. In: *Social Forces* 90(4), 1157–1181.

Kreiner, Claus / Lassen, David / Leth-Petersen, Søren. (2015): Measuring the accuracy of survey responses using administrative register data. Evidence from Denmark. In: Carrol, Christopher / Crossley, Thomas / Sabelhaus, John (Eds.): *Improving the measurement of consumer expenditure*. Chicago: University Press.

Meiksins Wood, Ellen (1995): *Democracy against Capitalism*. Cambridge: University Press.

Moosbrugger, Helfried / Kelava, Augustin (2020): *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion*. Wiesbaden: Springer.

- Muller, Edward (1988): Democracy, economic development, and income inequality. In: American Sociological Review 53(1), 50-68.
- OECD (2021): Does inequality matter? How people perceive economic disparities and social mobility, OECD Publishing Paris.
- Piketty, Thomas (2022): Eine kurze Geschichte der Gleichheit. München: C.H. Beck.
- Porst, Rolf (2013): Fragebogen. Ein Arbeitsbuch. Wiesbaden: Springer VS.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin: Suhrkamp.
- Rocha-Akis, Silvia / Bierbaumer-Polly, Jürgen / Bock-Schappelwein, Julia / Einsiedl, Martina / Klien, Michael / Leoni, Thomas / Loretz, Simon / Lutz, Hedwig / Mayrhofer, Christina (2019): Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. Wien, WIFO.
- Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, 117-149. [ZUMA Nachrichten \(ge-sis.org\)](https://www.zuma.wiwi.at/nachrichten/46/117-149)
- Schröder, Carsten / Bartels, Charlotte / Grabka, Markus / König, Johannes / Kroh, Martin / Siegers, Rainer (2019): A novel sampling strategy for surveying high net-worth individuals. A pretest application using the Socio-Economic-Panel. In: The Review of Income and Wealth 66(4), 825-849.
- Sozialministerium (2022). BMAW-Datenportal. [Arbeitsmarktdaten online \(dnet.at\)](https://www.bma.wg.at/Arbeitsmarktdaten-online)
- Statistik Austria (2018): Vererbung von Teilhabechancen. Statistics Brief [Statistics Brief: Wie geht's Österreichs Umwelt \(statistik.at\)](https://www.statistik.at/neuerscheinungen/vererbung-von-teilhabe-chancen)
- Statistik Austria (2021): Standard-Dokumentation und Metainformationen zu EU-SILC 2021. [Standarddokumentation \(statistik.at\)](https://www.statistik.at/neuerscheinungen/standarddokumentation).
- Statistik Austria (2022): Tabellenband EU-SILC 2021. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien. [Tabellenband EUSILC 2021.pdf \(statistik.at\)](https://www.statistik.at/neuerscheinungen/tb-eu-silc-2021)
- Wieser, Christina (2019): Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen. Vergütungspolitik und Gehälter-Ranking 2018. In: Schürz, Martin (2019): Überreichtum. Frankfurt: Campus.
- Zandonella, Martina (2021): Demokratie Monitor 2020. Wien. [SORA Demokratie Monitor 2021](https://www.sora.at/demokratie-monitor-2021)
- Zandonella, Martina (2022): Demokratie Monitor 2022. Wien. [SORA Demokratie Monitor 2022](https://www.sora.at/demokratie-monitor-2022)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einkommensverteilung in Österreich	10
Abbildung 2: Vermögensverteilung in Österreich	10
Abbildung 3: Bewertung des politischen Systems	11
Abbildung 4: Politik für Verringerung von Einkommensunterschieden verantwortlich?	11
Abbildung 5: Meinung zu steuerpolitischen Vorhaben	14
Abbildung 6: Meinung zu steuerpolitischen Vorhaben nach Klassen	15
Abbildung 7: Meinung zu arbeits(markt)politischen Vorhaben	18
Abbildung 8: Meinung zu arbeits(markt)politischen Vorhaben nach Klassen	19
Abbildung 9: Meinung zu sozialpolitischen Maßnahmen	22
Abbildung 10: Meinung zu sozialpolitischen Vorhaben nach Klassen	23

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Überblick: steuerpolitische Vorhaben in der Befragung	13
Tabelle 2: Überblick: arbeits(markt)politische Vorhaben in der Befragung	16
Tabelle 3: Überblick: sozialpolitische Vorhaben in der Befragung	20
Tabelle 4: Logistische Regressionsmodelle Verteilung	26
Tabelle 5: Multinom. Log. Regressionsmodelle Politikfeld Steuern	27
Tabelle 6: Multinom. Log. Regressionsmodelle Politikfeld Arbeit	29
Tabelle 7: Multinom. Log. Regressionsmodelle Politikfeld Soziales	31